

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/032(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 12.06.2007	Beimzimmer	16:30Uhr	18:40Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Informationen
- 5.1 Wirksamkeit der Arbeit der ARGE Magdeburg I0151/07
- 5.2 Auswirkungen von Eingemeindungen I0143/07
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Aktueller Stand zum Magdeburg-Pass
- 6.2 Aktueller Stand zur Haushaltssituation der Landeshauptstadt Magdeburg

Anwesend:

Vorsitzende/r

Huhn, Dagmar

Mitglieder des Gremiums

Heinemann, Klaus

Hildebrand, Jürgen Dr.

Paqué, Sabine

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

Schumann, Carola

Geschäftsführung

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Bork, Jana

Heendorf, Michael

Veil, Thomas

Sachkundige Einwohner/innen

Hausmann, Christian

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn begrüßt als Vorsitzende alle Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 15.05.2007 wird bestätigt.

Abstimmung: 2 / 0 / 2

4. Öffentliche Sprechstunde

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht genutzt.

5. Informationen

5.1. Wirksamkeit der Arbeit der ARGE Magdeburg - I0151/07

Frau Beier sagt, dass sie die Information I0151/07 – Wirksamkeit der Arbeit der ARGE Magdeburg für ein gutes Arbeitsmaterial hält. Diese Analyse ist wissenschaftlich aufgearbeitet und wichtig.

Besonders der Schwerpunkt „Personalbesetzung“ sollte eine große Beachtung erfahren. Die hohe Fluktuation bei den MitarbeiterInnen ist nicht förderlich für die Betreuung von Kundinnen und Kunden der ARGE. Schließlich haben die MitarbeiterInnen der ARGE eine hohe Verantwortung.

Was noch fehlt, ist die geschlechtsspezifische Betrachtung bei den Jugendlichen.

Auf Seite 16 der Analyse sind geplante Aktionsprogramme aufgelistet. Hier sollte die Geschlechtsspezifität bei Allein-Erziehenden mit aufgenommen werden. Auch die Betrachtung der finanziellen Effektivität der 1-Euro-Jobs aus dem Blickwinkel aktiver Arbeitsmarktpolitik ist von großer Bedeutung.

Frau Huhn sagt, dass sie das „Papier“ sehr interessant findet, weil es aussagt, wo auch die Schwachstellen liegen. Es steht auch fest, dass die Arbeit der ARGE effektiver werden muss. Die Frage ist nun, wo kann die Politik helfen? Wo kann man eingreifen?

Herr Dr. Hildebrand ist der Meinung, dass diese Information die Berechtigung der gestellten Anfrage ganz deutlich macht. Vielleicht wäre es sinnvoll, auch andere Volkswirte die Arbeit der ARGE einschätzen zu lassen. Eventuell liegen die Probleme am System des Ganzen. Die Kommunen sollten mehr Entscheidungsgewalt erhalten. Positiv ist zu sagen, dass die ARGE Magdeburg zu den besten ARGEN Deutschlands gehört. Der gebildete Beirat hat leider nur eine beratende Funktion und somit nicht viele Möglichkeiten zur Einflussnahme. Dieser Aspekt sollte noch einmal überdacht werden.

Auch der häufige Wechsel der MitarbeiterInnen ist ein großes Problem.

Herr Fahlke sagt, dass es im SGB II eine „Experimentierklausel“ gibt, die besagt, dass die ARGEN bis 2010 Bestand haben und somit sowieso alles auf dem Prüfstand steht. Somit ist vor 2010 nicht mit Veränderungen zu rechnen. Das Bundesverfassungsgericht wird sich mit der Frage beschäftigen, ob die ARGEN weiterhin Rechtsbestand haben. Dies wird voraussichtlich im September/ Oktober 2007 geschehen.

Eine sachliche, wissenschaftliche und politische Darstellung ist erforderlich. Auch die bisherige Behauptung, dass 1-Euro-Jobs weniger Kosten verursachen als AB-Maßnahmen, ist ein Trugschluss. Lediglich die Arbeitslosenzahlen werden damit verändert.

Die Analyse zur Klärung der Frage, warum die passiven Kosten nicht sinken, wird bis Juli 2007 erwartet. Fortschritte sind im Fallmanagement zu verzeichnen.

Aus seiner Sicht, braucht die ARGE tatsächlich 5 Jahre, um richtig funktionieren zu können. Es handelt sich hier um eine innere „Baustelle“. Vieles lässt sich noch nicht so umsetzen wie gewünscht.

Die nötige Transparenz fehlt noch. Auch muss an der Struktur der ARGE gearbeitet werden.

Herr Pischner sagt, dass die Integration von „Problemgruppen“ sehr mangelhaft ist. Die entsprechenden KundInnen erhalten hier wenig Hilfe. Auch die Zusammenarbeit zwischen der ARGE und dem Fachamt ist nicht optimal. Für Menschen mit Behinderung oder sonstigen Beeinträchtigungen ist es sehr schwer, weil die persönlichen Ansprechpartner fehlen. Dazu kommt dann auch noch das häufige Wechseln der MitarbeiterInnen der ARGE.

Frau Huhn sagt, dass dieses Thema sehr komplex und schwer überschaubar ist. Sie ist auch der Meinung, dass die persönliche Beratung verbessert werden sollte oder müsste. Es sollte auch zwischen psychisch Kranken und körperlich Behinderten unterschieden werden.

Herr Pischner fügt noch hinzu, dass bei der ARGE entsprechende Teams gebildet werden müssten.

Frau Beier sagt, dass anhand des neuen AGG die besondere Benachteiligung aufgezeigt werden könnte. Schließlich ist das die gesetzliche Grundlage.

Herr Fahlke sagt, dass die Ansätze von vorhandenen Strukturen der Zusammenarbeit sehr gut sind und das aus jetziger Sicht auch der einzige Ansatzpunkt ist. Dies muss weiter ausgebaut werden.

Frau Huhn sagt zusammenfassend, dass aus Sicht des FuG-Ausschusses Wünsche offen bleiben. Die Geschlechtsspezifität fehlt. Einerseits braucht die ARGE 5 Jahre um wirklich effektiv arbeiten zu können und andererseits wird es 2010 eventuell gesetzliche Änderungen durch die Regierung geben. Spezielle Teams für eine bessere Betreuung von Menschen mit Behinderung sind notwendig.

Wie positioniert sich die Landeshauptstadt Magdeburg dazu?

Herr Heinemann sagt, dass man zwar mit den 1-Euro-Jobs die Arbeitslosenquote in den Statistiken senken kann, aber diese Jobs reichen nicht für alle.

Herr Fahlke sagt dazu, dass für den „Marktersatz“ 4 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen als 2006. Er bittet auch darum, bestimmte Fragen mit dem nächsten Halbjahresbericht abzufordern.

Die Ausschussmitglieder geben einstimmig eine Empfehlung an das Amt 50 in schriftlicher Form (siehe Anlage) ab und nehmen die Information I0151/07 zur Kenntnis.

5.2. Auswirkungen von Eingemeindungen I0143/07

Frau Huhn sagt, dass laut der Information I0143/07 die Landeshauptstadt Magdeburg durch die Eingemeindungen 1,2 Mio. Euro weniger Zuweisungen für Sozialhilfeleistungen erhalten würde. Welche Auswirkungen hat das für Magdeburg? Was hat dies für eine Bedeutung?

Herr Dr. Hildebrand und Frau Schumann äußern dazu, dass sich die Linkspartei sowie die FDP nicht für Eingemeindungen ausgesprochen haben, sondern für „Verbindungen“ sind.

Da von der Verwaltung niemand erschienen ist zu diesem TOP wird dieser auf die nächste Sitzung vertagt.

Die Mitglieder stimmen einstimmig dafür.

6. Verschiedenes

6.1. Aktueller Stand zum Magdeburg-Pass

Frau Huhn sagt, dass mit der Genehmigung des Haushaltes 2007 auch der Magdeburg-Pass freigegeben ist.

Herr Dr. Hildebrand äußert, dass für die Zukunft geprüft werden sollte, inwieweit die Leistungen des Magdeburg-Passes auch wirklich „Freiwillige Leistungen“ sind. Eine Prüfung der Gesetze wäre sinnvoll. Diese Leistungen sollten zu Pflichtaufgaben werden.

Frau Huhn sagt, dass für die Zukunft eindeutige Regelungen gefunden werden sollten, denn das grundsätzliche Problem wird sich nicht ändern. Es sollte nach Möglichkeiten gesucht werden. Leistungen wie z. B. MVB sollten eventuell aus den Leistungen des Magdeburg-Passes gestrichen werden und gesondert gewährt werden.

Herr Dr. Hildebrand führt an, dass der Stadt Einnahmen fehlen, wenn die Bedürftigen nicht mehr in den Zoo oder das Museum gehen können.

Herr Pischner sagt auch, dass die MVB-Ermäßigungen abgekoppelt werden sollten. Auch die Ausstellung des Magdeburg-Passes könnte in den Bürgerbüros auf Vorzeigen des Bescheides erfolgen.

Frau Beier äußert, dass z. B. beim Deutschen Städtetag nachgefragt werden könnte, wie in anderen Städten mit diesem Thema umgegangen wird. Schließlich zählt der Magdeburg-Pass zur Daseinsvorsorge bzw. Daseinsfürsorge.

Weiter sagt Frau Beier, dass der Antrag des FuG-Ausschusses zur Bildung eines Kolloquiums mit der Unterstützung von Herrn Dr. Puchta Zustimmung fand. Jedoch sollten lt. Herrn Dr. Puchta noch Differenzierungen vorgenommen werden.

Weiter geben die Mitglieder des Ausschusses einstimmig eine weitere Empfehlung ab:

„Der Ausschuss für Familie und Gleichstellung empfiehlt den Gesellschaften ihre Entgeltsatzungen zu überarbeiten mit dem Ziel, dass Bedürftige wie z. B. Erwerbslose, Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe Ermäßigungen erhalten können.“

6.2. Aktueller Stand zur Haushaltssituation der Landeshauptstadt Magdeburg

Frau Jürgens sagt, dass sie erfreulicherweise von einer positiven Nachricht bezüglich des Haushaltes berichten kann. Die Haushaltssperre ist aufgehoben, und es ist ein Haben von 212 Mio. Euro zu verzeichnen. Auf der Ausgabenseite stehen 181 Mio. Euro. Dies bedeutet eine „Reserve“ von 31 Mio. Euro.

Die Konkretisierung der Konsolidierungsmaßnahmen muss noch abgeschlossen werden. Leider mussten bestimmte Sperren aufrecht erhalten werden. Die „Freiwilligen Leistungen“ sind davon jedoch nicht betroffen. Wenn die Konsolidierungsmaßnahmen ausreichen, haben die „Freiwilligen Leistungen“ auch im Jahr 2008 weiterhin Bestand.

Die Mittel in Höhe von 11.000,- Euro für das Amt für Gleichstellungsfragen sind für 2007 bewilligt. Auch für 2008 sind diese Mittel freigegeben.

Frau Beier sagt, dass die Förderung von Vereinen im Vergleich zu 1992 mit 75.500,- Euro und heute mit 11.000,- Euro drastisch geschrumpft ist.

Frau Huhn äußert, dass es eine Sondersitzung des Stadtrates zu den Konsolidierungsmaßnahmen geben soll. Die vom Landesverwaltungsamt vorgegebenen Maßnahmen werden bis Ende September 2007 im Stadtrat beraten/ beschlossen. Vorher sollte sich der Ausschuss unbedingt noch einmal mit diesem Thema befassen!

Auch die Folgen von Personaleinsparungen sollten beachtet werden. Durch die höheren Belastungen der MitarbeiterInnen wird sich eventuell auch der Krankenstand erhöhen. Die Effektivität solcher Einsparmaßnahmen ist hier nicht außer acht zu lassen.

Der Ausschuss sollte sich auf einer Sondersitzung mit diesen einzelnen, entsprechenden Drucksachen der Verwaltung noch einmal befassen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

Yvonne Köppe
Schriftführerin